



HESSISCHER LANDTAG

22. 08. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Schule zuverlässig gestalten

Zu Schuljahresbeginn 2017/18 zeigt sich, dass die Schülerzahlprognosen der letzten Jahre in katastrophaler Weise viel zu niedrig angesetzt worden sind. Das bedeutet, dass die von der schwarzgrünen Landesregierung fokussierte Schulpolitik, die auf der vielfach gerühmten "Demografischen Rendite" beruhte, jeglicher Grundlagen beraubt ist und neu gestaltet werden muss. Aktuelle Schätzungen der Bertelsmann-Stiftung gehen bundesweit von etwa einer Million zusätzlicher Schülerinnen und Schüler im Jahre 2025 aus, die sich dann einem kaum handhabbaren Lehrermangel gegenübersehen. Umso unverständlicher ist der jüngst bekannt gewordene Fall der Waldecker Grundschule, die sich in Teilen einer Schließung aufgrund angeblich zu geringer Schülerzahlen gegenüber sieht.

Auswirkungen der verfehlten Schulpolitik zeigen sich insbesondere an den hessischen Grundschulen. Seit etwa einem Jahr häufen sich die Belastungsanzeigen und Brandbriefe aus genau diesen Schulen beträchtlich. Neben Schülerzahlen, die nicht geringer, sondern höher ausfallen, sind vor allem drei Anforderungen an die Grundschulen herangetragen worden, die ohne zusätzliche Ressourcen in keiner Weise bewältigt werden können: die Umsetzung der schulischen Inklusion, den Ganztagsausbau und die schulische Integration von geflüchteten Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund.

Diese Anforderungen sind wichtig und richtig, bedürfen aber einer völlig neuen Ausrichtung der bisherigen Schulpolitik. Diese umfasst sowohl die personelle Aufstockung an Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften als auch die sachliche Ausstattung sowie eine bedarfsgerechte Sanierung der Gebäude. Langfristig müssen Schulen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben auch zu erfüllen. Nicht zuletzt gehört dazu eine Aufwertung des Lehrerberufs.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die zahlreichen Überlastungsanzeigen von Grundschullehrkräften nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern Abhilfe zu schaffen. Dies bedeutet insbesondere, pro drei Klassen an jeder Grundschule sofort eine zusätzliche Lehrkraft und eine zusätzliche sozialpädagogische Fachkraft zuzuweisen. Langfristig ist das Ziel, 2025 in allen Klassen mit einer Doppelbesetzung und einer fest zugewiesenen sonderpädagogischen Fachkraft zu arbeiten.
2. Der Landtag setzt sich für eine sofortige Aufhebung des Ressourcenvorbehalts ein. Er ermahnt zudem, die geplanten inklusiven Schulbündnisse - die unweigerlich die Schaffung von Schwerpunktschulen nach sich ziehen und somit den Inklusionsgedanken ad absurdum führen - zugunsten einer flächendeckenden Grundausstattung aller Grundschulen, die diese in die Lage versetzt, integrativ und inklusiv zu arbeiten, rückabzuwickeln.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, sofort zusätzlich 250 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen einzustellen und die Anzahl bis 2025 jährlich um 50 Stellen zu erhöhen.
4. Der Landtag ermahnt die Landesregierung, die voraussichtlich steigenden Schülerzahlen ernst zu nehmen. Durch die Schaffung von 315 neuen Studienplätzen wird der Lehrermangel nicht zu kompensieren sein. Neben einer Verdoppelung der Ausbildungskapazitäten muss die sofortige Besoldungsanhebung auf A 13 stattfinden. Zudem müssen die Pflichtstunden schrittweise auf 25 Pflichtstunden an Grundschulen reduziert werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, die Ressourcen, welche für den Pakt für den Nachmittag zur Verfügung gestellt werden, komplett in den Ganztagschul-ausbau fließen zu lassen. Die Schulen müssen sachlich und personell bedarfsgerecht so

ausgestattet werden, dass sie individuell bestmöglich fördern und lehren können. Dies bedeutet, schrittweise alle Grundschulen zu echten "Profil-3"-Ganztagsschulen umzuwandeln.

6. Der Landtag setzt sich dafür ein, dass ein Recht auf einen Ganztagsgrundschulplatz gesetzlich verankert wird.
7. Ebenso ermahnt der Landtag die Landesregierung, eine sofortige Bedarfsanalyse "Schulgebäudesanierung" hessenweit in Auftrag zu geben, um den Bedarf zuverlässig abschätzen zu können und im Bezug auf das kommunale Investitionsprogramm eine fundierte Sanierungsplanung zu erarbeiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. August 2017

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler